

Bezirksgericht Zürich

1. Abteilung als untere kantonale Aufsichtsbehörde
über Betreibungsämter



Geschäfts-Nr.: CB190054-L/U

Mitwirkend: Gerichtspräsidentin lic.iur. Schurr als Vorsitzende, Bezirksrichter
lic.iur. Fleischer und Ersatzrichter lic.iur. Bannwart sowie Gerichts-
schreiber MLaw Rübel

Zirkulationsbeschluss vom 30. Juli 2019

in Sachen

B.,

Beschwerdeführerin

gegen

Betreibungsamt Zürich 4, Kollerhof/Kreisgebäude 4, Hohlstr. 35, 8004 Zürich,
Beschwerdegegner

betreffend **Aufsichtsbeschwerde / Beschwerde gegen Rückweisung Betrei-
bungsbegehren (Tagebuch 33'922)**

Erwägungen:

1. Am 1. April 2019 reichte B. als Betreuungsgläubigerin (nachfolgend: Beschwerdeführerin) beim Betreibungsamt Zürich 4 über den eSchKG-Verbund elektronisch ein Betreibungsbegehren gegen die X AG als Betreuungsschuldnerin über Fr. 480.00 zuzüglich 5 % Zins seit 14. Januar 2019 ein (Ref. Nr. BEM0001-1gi6sy; act. 2/6 und 8a). Mit Einschreiben vom 3. April 2019 wies das Betreibungsamt Zürich 4 das elektronische Betreibungsbegehren mangels Übereinstimmung der elektronischen Signatur (Sedex-ID) mit dem im Namen der Beschwerdeführerin eingereichten Betreibungsbegehren (als formungültig) zurück mit der Empfehlung, das Begehren in Papierform mit einer rechtsgültigen Unterschrift (nochmals) einzureichen (Tagebuchgeschäft Nr. 33'922). Mit separater Kostenrechnung und Verfügung Nr. 392'298 vom 3. April 2019 stellte das Betreibungsamt der Beschwerdeführerin dafür Fr. 26.30 in Rechnung (act. 2/1).

2.

2.1. Gegen beides – Rückweisung des Betreibungsbegehrens und Kostenrechnung – erhob die Beschwerdeführerin mit Eingabe vom 9. April 2019 rechtzeitig Beschwerde, sinngemäss mit den Anträgen, die Verfügungen des Betreibungsamtes Zürich 4 vom 3. April 2019 seien aufzuheben und das Betreibungsamt sei anzuweisen, das elektronische Betreibungsbegehren vom 1. April 2019 unverändert an die Hand zu nehmen, unter Kosten- und Entschädigungsfolgen zu Lasten der Beschwerdegegnerin (act. 1 S. 2).

2.2. Mit Zirkulationsbeschluss vom 11. April 2019 wurde die Beschwerde dem Betreibungsamt Zürich 4 zur Vernehmlassung und Einsendung der Akten zugestellt und der Beschwerde in Bezug auf die mitangefochtene Kostenrechnung und Verfügung Nr. 392'298 die aufschiebende Wirkung gewährt (act. 3). In der Vernehmlassung vom 16. April 2019 beantragte das Betreibungsamt Zürich 4 die Abweisung der Beschwerde (act. 5). Mit Verfügung vom 18. April 2019 wurde der Beschwerdeführerin dazu das rechtliche Gehör gewährt (act. 6). Mit Stellungnahme vom 30. April 2019 hielt die Beschwerdeführerin an den eingangs gestellten Anträgen fest (act. 8). In der Folge wurde das am 1. April 2019 beim Betreibungsamt

Zürich 4 elektronisch eingegangene Betreibungsbegehren (Ref. Nr. BEM0001-1gi6sy) formlos beigezogen (act. 8a). Mit Schreiben vom 5. Juni 2019 mahnte das Betreibungsamt die Beschwerdeführerin, die Kostenrechnung und Verfügung Nr. 392'298 von Fr. 26.30 zu bezahlen (act. 10). Mit Einschreiben vom 12. Juni 2019 beantragte die Beschwerdeführerin sinngemäss, die Nichtigkeit der Mahnung festzustellen sowie das Betreibungsamt auf die im Beschluss vom 11. April 2019 erteilte aufschiebende Wirkung der Beschwerde hinzuweisen (act. 9). Mit Verfügung vom 13. Juni 2019 wurde dem Betreibungsamt die Eingabe vom 12. Juni 2019 zur obligatorischen Vernehmlassung zugestellt (act. 11). Im Rahmen der obligatorischen Vernehmlassung hob das Betreibungsamt die Mahnung vom 5. Juni 2019 unter gleichzeitiger Mitteilung an die Beschwerdeführerin und die hiesige Aufsichtsbehörde auf. Gestützt darauf beantragte das Betreibungsamt in seiner Vernehmlassung vom 17. Juni 2019, den Antrag um Feststellung der Nichtigkeit der Mahnung infolge Aufhebung derselben als gegenstandslos geworden abzuschreiben (Art. 17 Abs. 4 SchKG; act. 13 und 14). Das Verfahren ist spruchreif. Auf die Vorbringen der Beteiligten ist nachfolgend einzugehen, soweit dies unter Hinweis auf Art. 20a Abs. 2 Ziff. 2 und 3 SchKG notwendig erscheint.

3.

3.1. Die Beschwerdeführerin begründete ihre Beschwerde im Wesentlichen damit, dass das Betreibungsamt Zürich 4 das durch die Y AG elektronisch eingereichte Betreibungsbegehren der Beschwerdeführerin aufgrund der Nichtübereinstimmung des auf dem Betreibungsbegehren ersichtlichen Namens der Betreibungsgläubigerin mit der elektronischen Signatur nicht hätte abweisen dürfen, weil dieses Vorgehen den verbindlichen Vorgaben der Information Nr. 19 des Bundesamtes für Justiz vom 2. November 2018 (nachfolgend: Information Nr. 19), dem Blue Book (Schema Version 2.1.01) vom September 2017 (abrufbar unter: https://www.eschkg.ch/?page_id=379) sowie dem Green Book vom September 2017 (abrufbar unter: https://www.eschkg.ch/?page_id=43; nachfolgend: Green Book) zuwiderlaufe. Konkret beanstandete sie, dass es gemäss diesen Vorgaben möglich sein müsse, dass ein Betreibungsbegehren einer dem eSchKG-Verbund nicht angeschlossenen Person, wie die Beschwerdeführerin selbst, durch eine dem eSchKG-Verbund angeschlossene Person, wie die Y AG, elektronisch über-

mittelt werden könne und vom entsprechenden Betreibungsamt bearbeitet werde. Nicht nur deshalb sei eine Nichtübereinstimmung der elektronischen Signatur mit dem Betreuungsgläubiger kein zulässiger Rückweisungsgrund, sondern auch, weil dem elektronisch eingereichten Betreibungsbegehren vom 1. April 2019 im Textfeld "Bemerkungen" eine Verlinkung zur Vollmacht angefügt worden sei, welche die Y AG ermächtigt habe, Betreibungsbegehren im Namen der Beschwerdeführerin einzureichen. Schliesslich äusserte sich die Beschwerdeführerin dahingehend, dass es sich möglicherweise bei der Abweisung des Betreibungsbegehrens um einen Amtsmissbrauch gemäss Art. 312 StGB handeln könnte, was zu prüfen sei. Den Amtsmissbrauch begründete sie damit, dass ihr Betreibungsbegehren absichtlich unrechtmässig und nur deswegen abgelehnt worden sei, um eine eindeutige Rechtslage nächstinstanzlich prüfen zu lassen (act. 1 i.V.m. act. 2/1-6, sinngemäss zusammengefasst).

3.2. Das Betreibungsamt führte in der ersten Vernehmlassung aus, es handle sich vorliegend bei einer Weiterbearbeitung im eSchKG-Verfahren um unerlaubte Akteneinsicht ausserhalb von Art. 8a SchKG, da der Y AG, welche die eSchKG-Plattform der Beschwerdeführerin zur Verfügung gestellt habe, in der beantragten Betreuung keine Parteistellung zukomme. Diesbezüglich verwies es auch auf Art. 2 lit. d der Verordnung vom 18. Juni 2010 über die elektronische Übermittlung im Rahmen von Zivil- und Strafprozessen sowie von Schuldbetreibungs- und Konkursverfahren (SR 272.1; nachfolgend: VeÜ-ZSSV). Zudem sei das Betreibungsamt im Sinne von Art. 3 VeÜ-ZSSV nie durch das EJPD über eine Anerkennung der Zustellplattform der Y AG informiert worden. Ferner obliege eine Entbindung des Betreibungsamtes vom Amtsgeheimnis nur der zuständigen Aufsichtsbehörde. Eine Entbindung aufgrund einer Vollmacht sei indessen nicht möglich (act. 5 S. 2, sinngemäss zusammengefasst).

3.3. Zur Vernehmlassung brachte die Beschwerdeführerin in ihrer Stellungnahme vor, es handle sich vorliegend nicht um einen Spezialfall, sondern um einen Standardfall des eSchKG und wies auf die Ausführungen in der Information Nr. 19 hin. Es gelte von Gesetzes wegen für die Vertreterin eines Betreuungsgläubigers ein Einsichtsrecht ausserhalb von Art. 8a SchKG. Die Beschwerdeführerin stellte

deshalb die Existenz von gesetzlichen Bestimmungen, die dem Betreuungsgläubiger vorschreiben, wie Daten seiner Betreuungsfälle zu speichern, zu bearbeiten, aufzubewahren etc. seien, in Abrede. Im Weiteren bestritt sie die direkte Anwendung von Art. 2 f. VeÜ-ZSSV auf die von der Y AG verwendete Zustellplattform. Vielmehr sei die Y AG als Teilnehmerin des eSchKG-Verbunds aufgrund von Art. 14 VeÜ-ZSSV und A. 1. der Information Nr. 19 an die Vorgaben der vom EJPD anerkannten Plattform Sedex gebunden. Die Information Nr. 19 sehe zudem vor, dass eine Entbindung des Betreibungsamtes vom Amtsgeheimnis durch eine Vollmacht erfolge. Hinsichtlich Art. 3 VeÜ-ZSSV sei offensichtlich keine Mitteilung an die Betreibungsämter über die Anerkennung einer Zustellplattform eines eSchKG-Verbundteilnehmers vorgesehen, da es nur eine anerkannte und bestehende Kommunikationsplattform, nämlich die Plattform Sedex des Bundesamtes für Statistik, gäbe, die für das eSchKG zu verwenden sei (act. 8, sinngemäss zusammengefasst).

4.

4.1. Gemäss Art. 67 Abs. 1 SchKG sind Betreibungsbegehren in schriftlicher oder mündlicher Form ans Betreibungsamt zu richten. Nach bundesgerichtlicher Rechtsprechung ist das Begehren durch den Betreuungsgläubiger zu unterschreiben (BGE 119 III 4, 6 E. 2). Inhaltlich sind der Name und Wohnort des Betreuungsgläubigers sowie der allfälligen Vertretung (Ziff. 1), der Name und Wohnort des Betreuungsschuldners (Ziff. 2), die Forderungssumme (Ziff. 3) und der Grund für die Forderung (Ziff. 4) zu bezeichnen. Als Alternative sieht Art. 33a SchKG die elektronische Eingabeform vor, wobei die folgenden zwei Varianten genannt sind:

4.1.1. Mit erster Variante können Eingaben, welche mit einer qualifizierten elektronischen Signatur zu versehen sind, elektronisch im PDF-Format über eine vom EJPD anerkannte Plattform ans Betreibungsamt erfolgen (Art. 33a SchKG i.V.m. Art. 4, 6 und 8 VeÜ-ZSSV). Die qualifizierte elektronische Signatur muss den gesetzlichen Anforderungen nach Art. 33a Abs. 2 Satz 1 SchKG in Verbindung mit Art. 2 lit. e, Art. 7 und Art. 8 des Bundesgesetzes vom 18. März 2016 über Zertifizierungsdienste im Bereich der elektronischen Signatur und anderer Anwendun-

gen digitaler Zertifikate (SR 943.03) genügen. Diese ermöglicht den Nachweis der Unveränderlichkeit des versandten Dokuments und garantiert die hinreichend sichere Identifikation des Absenders (SK SchKG-Maisano/Milani/Schmid, Art. 33a N 11).

4.1.2.

4.1.2.1. Mit zweiter Variante können Eingaben für das Massenverfahren im Bereich des SchKG mit dem sogenannten eSchKG-Standard erfolgen. Unter der Bezeichnung eSchKG hat das Bundesamt für Justiz in Zusammenarbeit mit Partnern aus Verwaltung und Privatwirtschaft einen Standard für den Austausch von Geschäftsdaten im Schuldbetreibungs- und Konkurswesen entwickelt. eSchKG spezifiziert eine Geschäftsarchitektur, die Datenübertragung innerhalb des sogenannten eSchKG-Verbundes und ein XML Datenmodell (Art. 5 der Verordnung des EJPD vom 9. Februar 2011 über die elektronische Übermittlung im Bereich Schuldbetreibung und Konkurs [SR 281.112.1; nachfolgend: eSchKG-Verordnung]; vgl. White Book vom September 2017 S. 3 m.w.H., abrufbar unter: https://www.eschkg.ch/?page_id=36). Der strukturierte elektronische Versand von Daten (eSchKG-Standard) erfolgt über die Plattform Sedex (secure data exchange) des Bundesamtes für Statistik ans Betreibungsamt (Art. 33a Abs. 2 Satz 2 SchKG i.V.m. Art. 14 Abs. 2 VeÜ-ZSSV i.V.m. Art. 3 Abs. 1 eSchKG-Verordnung). Der eSchKG-Standard ist Teilnehmern des eSchKG-Verbunds, einer geschlossene Benutzergruppe von natürlichen und juristischen Personen des privaten und öffentlichen Rechts sowie Betreibungs- und Konkursämtern, der vorgängig beigetreten werden muss, vorbehalten (Art. 1 i.V.m. Art. 7 eSchKG-Verordnung). Anders als nach erster Variante ist die Übermittlung mit dem eSchKG-Standard zwingend mit dem spezifischen elektronischen Organisationszertifikat der Plattform Sedex (sogenannte Sedex-ID) des übermittelnden Teilnehmers zu Identifikationszwecken zu versehen (Art. 14 Abs. 2 VeÜ-ZSSV i.V.m. Art. 4 eSchKG-Verordnung).

4.1.2.2. Gemäss Art. 5 Abs. 3 lit. a bis d eSchKG-Verordnung definiert das EJPD in vier Handbüchern (White Book, Orange Book, Green Book und Red Book) die Verwendung des eSchKG-Standards. Das Green Book erläutert die zentralen

Konzepte des eSchKG-Standards, macht Empfehlungen und weist auf zwingende Vorgaben und Regeln hin. Ein Ausschluss von Vertretungen im eSchKG-Standard ist gesetzlich nicht vorgesehen. Entsprechend muss die Vertretung nach Art. 27 SchKG auch im eSchKG-Verfahren möglich sein. Für diesen Spezialfall regelt das Green Book die Stellung des sogenannten "Cloud-Lösungsanbieters", der im eSchKG-Standard als Übermittler und Zustellungsempfänger eines Betreibungs-gläubigers auftritt. Der Cloud-Lösungsanbieter bietet im Internet sein technisches System mit Anschluss an die Plattform Sedex natürlichen und juristischen Personen an, Betreibungs- und Konkurshandlungen über ihn abzuwickeln (vgl. Ziff. 1.2 Green Book). Die den Dienst des Cloud-Lösungsanbieters in Anspruch nehmenden Personen gelten als sogenannte "Virtuelle Kunden". Sie operieren damit auf dem technischen System des Cloud-Lösungsanbieters, ohne selber über einen Sedex-Anschluss zu verfügen. Dabei treten die virtuellen Kunden nicht als aktive Verbundteilnehmer auf, weshalb sie auch nicht in der Tabelle der eSchKG-Verbundteilnehmer aufgeführt werden (vgl. Ziff. 1.3 und 3.1.4 Green Book). Um den Dienst in Anspruch nehmen zu können, müssen die virtuellen Kunden eine Einverständniserklärung unterzeichnen, welche der Cloud-Lösungsanbieter im Bemerkungsfeld als Kopie unter Verwendung einer kryptischen URL (Uniform Resource Locator; deutsch: einheitlicher Ressourcenzeiger; gemeinhin: Internet-adresse) als PDF-Dokument über eine HTTPS (Hypertext Transfer Protocol Secure; deutsch: sicheres Hypertext-Übertragungsprotokoll; gemeinhin: verschlüsselte Internetadresse) anfügen muss, damit die Einverständniserklärung vom Empfänger, konkret vom Betreibungs- oder Konkursamt, abgerufen werden kann. Mit der Einverständniserklärung akzeptieren die virtuellen Kunden, dass der Cloud-Lösungsanbieter mit der fristwahrenden und -auslösenden Zustellung bzw. Entgegennahme von eSchKG-Meldungen an das bzw. vom Betreibungs- oder Konkursamt betraut wird (vgl. Ziff. 3.3.2 Green Book). Damit öffnet sich das geschlossene System für eSchKG-Verbundteilnehmer faktisch für Nichtteilnehmer, wenn gewisse Voraussetzungen erfüllt sind.

4.2. In tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht ist unbestritten, dass die Beschwerdeführerin selber nicht zertifizierte Teilnehmerin des eSchKG-Verbundes ist und das Betreibungsbegehren, wie einleitend ausgeführt (vorne 1.), am 1. April 2019

elektronisch über den eSchKG-Verbund beim Betreibungsamt Zürich 4 eingereicht hat. Ebenso unbestritten ist, dass das elektronische Betreibungsbegehren mangels Registrierung der Betreuungsgläubigerin beim eSchKG-Verbund nicht durch diese selber, sondern über die Y AG, welche registrierte Teilnehmerin des eSchKG-Verbundes ist, eingereicht und mit deren Sedex-ID zertifiziert worden ist. Weiter ist unbestritten, dass das elektronische Betreibungsbegehren im Feld Bemerkungen einen gültigen Link auf die von der Betreuungsgläubigerin an die Y AG ausgestellte Vollmacht für den elektronischen Rechtsverkehr mit dem Betreibungsamt Zürich 4 enthielt. Strittig ist zwischen der Beschwerdeführerin und dem Betreibungsamt Zürich 4 einzig, ob dieses Vorgehen, d.h. die elektronische Einreichung des Betreibungsbegehrens durch eine Nichtteilnehmerin des eSchKG-Verbundes über eine beim Bundesamt für Justiz registrierte Teilnehmerin des eSchKG-Verbundes rechtlich zulässig ist (act. 1, 5 und 8; vorne 3.1.-3.3.).

4.3. Der vorliegende Fall ist im Green Book S. 8 f. und S. 24 speziell geregelt: Die Y AG ist im Sinne der dortigen Regelung und der obigen Erwägungen Cloud-Lösungsanbieterin, die Beschwerdeführerin ist als Betreuungsgläubigerin virtuelle Kundin (vorne 4.1.2.2). Ob die Y AG im elektronischen Betreibungsbegehren im Feld Vertreter im Sinne von Art. 67 Abs. 1 Ziff. 1 SchKG als Vertreterin der Gläubigerin hätte aufgeführt werden müssen (vgl. act. 2/6 und 8a), kann an dieser Stelle einstweilen offen gelassen werden. Die fehlende oder mangelhafte Bezeichnung der Bevollmächtigten gemäss Art. 67 Abs. 1 Ziff. 1 SchKG stellt gemäss ständiger Rechtsprechung einen verbesserlichen Fehler im Sinne von Art. 32 Abs. 4 SchKG dar. Das Betreibungsamt Zürich 4 hätte deshalb ein allenfalls mangelhaftes Betreibungsbegehren nach dem eSchKG-Standard auf dem elektronischen Weg zur fachlichen Verbesserung zurückweisen oder die Verbesserung aufgrund der Sedex-ID oder des Links auf die Vollmacht (act. 2/6 und 8a) selber vornehmen müssen. Nach den allgemeinen Grundsätzen über die Stellvertretung und dem eSchKG-Standard war es nicht zulässig, ausserhalb des eSchKG-Verfahrens direkt mit der elektronisch vertretenen Partei zu kommunizieren und diese anstelle des elektronischen Betreibungsbegehrens zur Eingabe des Begehrens in Papierform aufzufordern (Art. 27, 31 und 33a SchKG i.V.m. Art. 137 ZPO; Art. 5 eSchKG-Verordnung i.V.m. Green Book S. 44 f.).

4.4. Soweit ersichtlich, entspricht das vorliegende, elektronische Betreibungsbegehren einer virtuellen Kundin, das über eine zertifizierte Cloud-Lösungsanbieterin beim Betreibungsamt Zürich 4 eingereicht worden ist (act. 2/6 und 8a; vorne 1. und 4.2.), dem eSchKG-Standard, dass heisst, dass die von der Betreuungsgläubigerin bzw. virtuellen Kundin auf den elektronischen Rechtsverkehr der Cloud-Lösungsanbieterin mit dem Betreibungsamt Zürich 4 beschränkte Vollmacht (act. 2/5) nicht für die allgemeine Rechtsvertretung im Betreibungsverfahren gilt. Die Cloud-Lösungsanbieterin war deshalb im elektronischen Betreibungsbegehren - und später im Zahlungsbefehl, der die Angaben des Betreibungsbegehrens enthält (Art. 69 Abs. 2 Ziff. 1 SchKG) - in Übereinstimmung mit dem Green Book, Seite 19, wie geschehen (vorne 1. und 4.2.), nicht als Bevollmächtigte der Betreuungsgläubigerin aufzuführen.

4.5. Die Bedenken des Betreibungsamtes bezüglich einer allfälligen Verletzung des Amtsgeheimnisses (act. 5 S. 2) sind unbegründet. Die Y AG war und ist als (beschränkt) Bevollmächtigte der Betreuungsgläubigerin im Sinne der obigen Erwägungen zur Entgegennahme und Weiterleitung von elektronischen Mitteilungen des Betreibungsamtes an die Betreuungsgläubigerin legitimiert. Als Cloud-Lösungsanbieterin kommt ihr nach dem eSchKG-Standard die Rolle einer Zustellungsempfängerin zu, wie sie auch im schriftlichen Rechtsverkehr möglich ist. Der Hinweis des Betreibungsamtes auf Art. 8a SchKG geht, wie von der Beschwerdeführerin zu Recht eingewandt (act. 8 S. 3), an den gesetzlichen Grundlagen zum elektronischen Rechtsverkehr zwischen den Parteien und den Betreibungsämtern vorbei. Ebenso, dass die Y AG nicht Adressatin der Verfügung des Betreibungsamtes gewesen sei, diese aber trotzdem habe lesen können (a.a.O., S. 2). Die pauschale Kritik des Betreibungsamtes an der Oberaufsicht SchKG (a.a.O., S. 3) ist unsachlich und hat nichts mit der vorliegenden Streitsache zu tun. Die vom Betreibungsamt zitierte Belegstelle ist nicht mehr aktuell (a.a.O., Hinweis auf BGER 5A_165/2017; amtlich publiziert in BGE 144 III 353, Ergänzung des Gerichts).

4.6. Zusammengefasst sind die angefochtenen Verfügungen des Betreibungsamtes Zürich 4 vom 3. April 2019 (Rückweisung des elektronischen Betreibungsbegehrens in Papierform, Kostenrechnung und Verfügung Nr. 392'298; act. 1 i.V.m.

act. 2/1; vorne 1. und 2.1.) in Gutheissung der Beschwerde aufzuheben, und es ist das Betreibungsamt anzuweisen, dass elektronische Betreibungsbegehren der Betreuungsgläubigerin und Beschwerdeführerin vom 1. April 2019 im Sinne der obigen Erwägungen zu behandeln. Die nachträgliche Beschwerde gegen die ungerechtfertigte Mahnung vom 5. Juni 2019 (act. 9-10; vorne 2.2. a.E.) ist als gegenstandslos geworden abzuschreiben (BGE 126 III 88 f.; Lorandi, Betreibungsrechtliche Beschwerde und Nichtigkeit, Kommentar zu den Artikeln 13-30 SchKG, Basel/Genf/München 2000, Art. 17 N 322; act. 9-14).

5. Die vorliegende Beschwerde, mit der eine Frage von grundsätzlicher Bedeutung geklärt werden sollte, gibt entgegen der Auffassung der Beschwerdeführerin (act. 1 S. 3) mangels eines konkreten Anfangsverdachts keinen Anlass, gegen die Beamten und Angestellten des Betreibungsamtes Zürich 4 von Amtes wegen eine Strafanzeige wegen Amtsmissbrauchs einzureichen (§ 167 GOG i.V.m. Art. 312 StGB).

6. Das Beschwerdeverfahren ist grundsätzlich kostenlos; Parteientschädigungen dürfen in diesem Verfahren - entgegen dem Antrag der Beschwerdeführerin - nicht zugesprochen werden (Art. 20a Abs. 2 Ziff. 5 SchKG, Art. 62 Abs. 2 GebV SchKG).

Es wird beschlossen:

1. In Gutheissung der Beschwerde werden die Verfügungen des Betreibungsamtes Zürich 4 vom 3. April 2019 (Rückweisung des Betreibungsbegehrens, Tagebuch Nr. 33'922; Kostenrechnung und Verfügung Nr. 392'298) aufgehoben, und es wird das Betreibungsamt angewiesen, das elektronische Betreibungsbegehren der Beschwerdeführerin vom 1. April 2019 (Ref. Nr. BEM00001-1gi6sy) im Sinne der Erwägungen zu behandeln. Die Beschwerde gegen die Mahnung vom 5. Juni 2019 wird als gegenstandslos geworden abgeschrieben.
2. Es werden keine Kosten erhoben.

3. Es werden keine Parteientschädigungen zugesprochen.
4. Schriftliche Mitteilung an die Beschwerdeführerin mit Gerichtsurkunde sowie an das Betreibungsamt Zürich 4 unter Beilage des Doppels von act. 8 gegen Empfangsschein.
5. Eine Beschwerde gegen diesen Entscheid kann innert 10 Tagen von der Zustellung an im Doppel und unter Beilage dieses Entscheids beim Obergericht des Kantons Zürich, II. Zivilkammer, Postfach, 8021 Zürich, eingereicht werden. In der Beschwerdeschrift sind die Anträge zu stellen und zu begründen. Allfällige Urkunden sind mit zweifachem Verzeichnis beizulegen.

Die gesetzlichen Fristenstillstände gelten nicht (BGE 141 III 170 E. 3).

Der Gerichtsschreiber

versandt am: